

Knobloch: Einladung Erdogans nach Deutschland »absolut falsch«



Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München

Foto: picture alliance/dpa

Die Türkei wende sich vom Westen ab, sagt die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München

09.11.2023 09:28 Uhr

Charlotte Knobloch, Holocaust-Überlebende und Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, hat die Einladung der Bundesregierung an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan scharf kritisiert. »Ich halte es für absolut falsch, ihm in Deutschland ausgerechnet in dieser Situation eine Bühne zu bieten, in der Israel bedroht ist«, sagte Knobloch dem »Tagesspiegel«.

Die Türkei sei »ein wichtiger Verbündeter des Westens« gewesen, so die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. »Nun wendet sie sich von ihm ab. Ich habe den Verdacht, dass die Türkei sich jetzt auf die Seite des Irans schlägt.«

Erdogan soll am 17. November nach Deutschland kommen. Er hatte dem Westen vorgeworfen, durch Israel begangene »Kriegsverbrechen« zu decken und eine direkte Linie vom Völkermord an den Juden zu den heutigen Opfern im Gazastreifen gezogen. Zudem hatte er erklärt, die radikalislamische Hamas sei keine Terrororganisation, »sondern eine

Befreiungs- und Mudschaheddin-Gruppe, die für den Schutz ihres Landes und ihrer Bürger kämpft«.

Signale an türkischstämmige Muslime

Weiter erklärte Knobloch mit Blick auf Synagogen-Besuche von muslimischen Imamen als Zeichen der Friedfertigkeit in verschiedenen deutschen Städten, man wisse oft nicht, wer genau diese Gesprächspartner seien, »und genau das ist ein Problem«.

Auch der Leiter der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Erbas, der rund 900 Moscheen in Deutschland unterstehen, »fällt durch antiisraelische und antisemitische Äußerungen auf«, so die Präsidentin. »Damit sendet er ganz bestimmte Signale auch an türkische oder türkischstämmige Muslime in Deutschland - und es sind keine friedlichen.«

»Hochgefährlich« nannte Knobloch das Phänomen eines durch Migration aus arabischen und muslimischen Ländern nach Deutschland importierten Antisemitismus. »Schon die Schulbücher in vielen dieser Länder verbreiten Hass gegen Israel und gegen Juden, die Kinder lernen nichts anderes. Auch viele Imame in Deutschland hetzen gegen Juden.«

»Sträflich unterschätzt«

Sie habe deutsche Politiker immer wieder aufgefordert, gegen diesen Antisemitismus vorzugehen. Die Antwort sei meist gewesen: »Wir wissen um diese Gefahr, aber wir haben nicht die Möglichkeit, dagegen etwas zu tun«, beklagte die 91-Jährige.

Die deutsche Politik habe dieses Phänomen »sträflich unterschätzt« und müsse daher »jetzt endlich einschreiten«, unterstrich Knobloch. »Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre gab es den Spruch: Das Boot ist voll. Das war sehr plakativ, aber in Bezug auf Juden Hass muss ich sagen: Ich wünsche mir ein härteres Vorgehen.«

Die Forderung von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), antisemitische Vergehen mit dem Entzug des deutschen Passes zu ahnden, begrüßte die Münchnerin. Zugleich sei nicht zu übersehen, dass der Rechtsextremismus eine große Gefahr für die Demokratie darstelle, führte Knobloch weiter aus. »Die Gefahr kommt aber von allen Seiten. Wenn der Antisemitismus auch durch Migration noch weiterwächst, dann stehen bald wir vor einer ziemlich hohen Wand«, mahnte die Präsidentin. *kna*